

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-298
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenverwaltung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 2500-2507

Die Aufnahme der Militärkontrollnote

Die Note Macdonalds und Herriots über die Frage der militärischen Kontrolle hat ein doppeltes Echo in Deutschland gefunden. Die Presse, die eine Verständigung ernsthaft will, sieht in dieser Note den Beginn einer neuen Methode...

„Herriot und Ramsay Macdonald sprechen zu dem Chef der deutschen Regierung, von dem sie voraussetzen, daß er ein bereitwilliger Mitarbeiter an dem großen Werk der Schaffung eines wirklichen Friedens ist, in einer ganz offenerzigen, freimütigen Sprache, in der sogar ein Ton von Herzlichkeit mitschwingt. Die Ankündigung, daß die Politik der Einschränkung und Gehässigkeit ersetzt werden sollte durch guten Willen und Zusammenarbeit wird hier zum ersten Male verwirklicht, wenigstens in der Form. Aus jeder Zeile des Briefes spricht der Wunsch, der deutschen Regierung einen Schritt zu erleichtern, dessen Beabsichtigung der Aufmerksamkeit der Völker selbstbewußter Völker nicht entgangen sein kann.“

„Germania“ und „Berliner Tageblatt“ stellen die innere Verantwortlichkeit jener Kreise fest, die Deutschland die Suppe der militärischen Kontrolle eingebracht haben: die Nationalisten, die von Wehrhaftigkeit des Volkes reden, obwohl sie im Grunde genommen nur an Züchtung gegenrevolutionärer Organisationen denken. Die „Germania“, die für die Annahme der Kontrollnote eintritt, setzt den Nationalisten auseinander:

„Dabei laufen doch die gesamten militärischen Spieleszenen unserer Jugend doch nur auf eine durchaus nicht ungefährliche Selbsttäuschung über die Anforderungen eines künftigen Krieges hinaus und lassen jeden Anfaß zur Entwicklung des politischen Sinnes im Keime verflümmern.“

Dieser Mangel an innerer Konsequenz, dieses parteipolitische Unvermögen, aus richtigen Voraussetzungen die letzten richtigen Schlüsse zu ziehen, die innere Unwahrhaftigkeit, die der Verfestigung der hienotischen militärischen Demonstrationen zugrunde liegt, haben dazu beigetragen, die internationale Stellung des Ermittlerischen und größten Deutschenhaßers Poincaré für eine unerträglich lange Zeit zu fundamentieren.“

Das andere Echo kommt aus der Presse der Nationalisten. Es ist das stereotype Echo, an das Inland und Ausland schon gewöhnt sind, und das Stütze und wertvollster Vorwand des Poincarismus war. Um so markanter der neue Ton in der Note Macdonalds und Herriots hervortritt, um so prominenter das Festhalten der Nationalisten an dem alten hegerischen Gelschrei. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einer „ungewöhnlich dreisten Mahnung“, der „Tag“ von einer „Zumutung“, die „Deutsche Zeitung“ endlich schreibt:

„Ein neues Dokument, das von Deutschlands tiefer Erniedrigung zeugt. Die Regierungshäupter derjenigen Staaten, die über Millionenheere und riesige Kriegsflotten verfügen, deren Truppen im Herzen Deutschlands stehen und die sich anschicken, dem elenden deutschen Volke die letzten Groschen als Kriegskonttribution abzupressen, sie wagen es, von einer „drohenden Gefahr“ zu sprechen, Deutschland der geheimen Kriegsrisierungen zu zeihen und sprechen, Deutschland in Aussicht zu stellen, wenn die deutsche Regierung nicht den letzten Funken nationalen Bewußtseins im deutschen Volke austritt.“

Dies Echo wird im Ausland schwerlich ernst genommen werden, es wird höchstens von den Drahtziehern neuer Hege gegen Deutschland ausgenutzt werden. Dies Echo ist auch nicht fürs Ausland berechnet, sondern für die Deutschen, die der nationalstiftischen Phrase nachlaufen. Die „Deutsche Zeitung“ freut sich schon darauf, daß die Regierung die Kontrollnote annimmt, um dann um so struppeloser jene verlogene und verantwortungslose innere Hege fortsetzen zu können, die sie „nationale Opposition“ nennt.

Die Bundesgenossen der Nationalisten in Deutschland kommentieren die neue Note fast mit denselben Worten wie die „Deutsche Zeitung“. Sie haben es mit der nationalen Ehre:

„Die unausgelebten Forderungen Macdonalds und Herriots nach der Entwaffnung Deutschlands — im Namen des Weltfriedens natürlich — sind die frechsten Provokationen. Während der französische und englische Imperialismus unter den „linken“ Regierungen zu neuen Kriegen lustig weiterrüstet, militärische Verbündnisse schließt, wollen sie ihren Pazifismus der Welt an Deutschland weisen.“

Da arbeitende Volk Deutschlands wird aber so lange die Provokationen goldbetreiber englischer und französischer Generale mitamt ihrem Hurengeißel in Deutschland zu dulden haben, bis es nicht selbst die Sache der nationalen Ehre“ in die Hand nimmt. Dazu ist aber die Verjagung der deutschen Verbündeten dieser Generale die Vorbedingung. Das Verhalten der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien in dieser Frage wird manchem die Augen über den Punkt „nationale Ehre“ öffnen.“

So zu lesen nicht im „Deutschen Tageblatt“, dem „Deutschen Vorwärts“ oder sonst einem völkischen, auf den Gang von Arbeitern für den Nationalismus berechneten Organ, sondern in der „Roten Fahne“. Die Verständigung marschiert. Die kriegslüfternen Katastrophopolitiker aus allen Lagern sollen sie an.

Macdonald und die Abrüstung.

London, 25. Juni. (WTB.) Macdonald erklärte gestern in Glasgow, wo er das Ehrenbürgerrecht erhielt, welche Regierung auch immer an der Macht sei und wer auch immer an der Spitze dieser Regierung stehe, eine oder zwei elementare Tatsachen müßten erkannt werden: die Gesetze der Wirtschaft würden nicht von den Regierungen gemacht und alle Regierungen müßten zusehen, daß der Handel so kräftig wie irgend möglich gefördert werde. Es sei daher die erste Pflicht des Staatssekretärs des Innern, die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen und zuzusehen, daß die mühsam eingebrachten Einkünfte des Staates nicht für Verteidigungszwecke ausgegeben würden, die, wenn die Welt vernünftig wäre, nicht notwendig sein würden. Macdonald schloß, er tue kein Bestes, um die Alliierten sowie die vormaligen Feinde Englands zu verstehen, damit durch gegenseitiges Einverständnis das Gebäude des Friedens aufgebaut werden könnte.

Militärkontrolle und Völkerbund.

In der „Frankfurter Zeitung“ schreibt General a. D. von Deimling:

„Es wäre mehr als jämmerliche Kurzsichtigkeit, wenn an der im Grunde genommen doch nur untergeordneten Frage der Militärkontrolle die Lebensfrage des Eintritts des deutschen Volkes in den Völkerbund zum Scheitern käme. Ich komme eben von Genf zurück, wo ich den Sitzungen des Völkerbundesrates als Zuhörer beigewohnt habe, um persönliche Eindrücke zu gewinnen. Ich habe auch Gelegenheit gehabt, mit Bundesratsmitgliedern über die allgemeine Lage zu sprechen. Von allen Seiten wünscht und erhofft man Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Auch von Frankreich wird keine Widerstand mehr stattfinden. Im Gegenteil. Die ganze Welt sehnt sich nach Frieden und erhofft ihn durch Zusammenwirken im Völkerbund. Nur Deutschland steht noch abseits! Nein; wir dürfen uns den Eintritt in den Völkerbund nicht verheuen lassen durch eine Geistesrichtung, die zum Schicksal Deutschlands trotz der blutigen Lehren des Weltkriegs noch nicht begriffen hat, daß Deutschland, das Land der Mitte von Europa, nur im Zusammenwirken mit den Völkern ringsum, nicht aber in Remisenz gegen sie und in Liebhäugeln mit dem Revanchekrieg wieder hochkommen kann.“

Das Ergebnis der Besprechungen Herriots. Austausch der Pfänder.

Paris, 25. Juni. (WTB.) Der Sonderberichterstatter des „Quotidien“ glaubt folgenden Gesamtüberblick über das Ergebnis der in England und Belgien geführten Verhandlungen geben zu können: Was die Reparationen anbetrifft, so würden die Alliierten den Austausch der Pfänder vornehmen, d. h. das Ruhrgebiet und die Rheinlande wirtschaftlich räumen, sobald die von dem Sachverständigenbericht vorgesehenen Organisationen funktionierten. Sofort darauf würden Frankreich und Belgien mit der militärischen Räumung des Ruhrgebiets beginnen, die nach Maßgabe der Kommerzialisierung der deutschen Schulden fortgesetzt werden solle. Großbritannien würde Frankreich eine allgemeine schriftliche Garantie sofortiger und vollkommener Zusammenarbeit geben, im Falle Deutschland eine seiner Verpflichtungen, die der Dawes-Plan vorsehe, nicht erfülle. Die Vereinigten Staaten würden aufgefordert werden, an der interalliierten Konferenz vom 16. Juli teilzunehmen. Das sei ein wesentlicher Punkt; denn Sir Robert Kildersley habe neulich mit Recht erklärt, das Reparationsproblem könne nur mit der finanziellen Unterstützung Amerikas geregelt werden. Was die Sicherheitsfrage anbetrifft, so sei Großbritannien geneigt, mit seinen Alliierten, insbesondere mit Frankreich, einen allgemeinen Pakt gegenseitiger Unterstützung, die im Falle eines Angriffs Deutschlands obligatorisch werde, abzuschließen. Der Völkerbund werde von nun an im europäischen politischen Leben eine immer aktivere Rolle spielen. Dadurch, daß Macdonald und Herriot im September in Genf anwesend sein würden, werde das erste Anzeichen dafür sein.

Herriots Rückkehr nach Paris.

Paris, 25. Juni. (WTB.) Herriot erklärte bei seiner Ankunft in Paris, die gestern abend um 11 Uhr erfolgte, auf Befragen: „Mein Eindruck ist ausgezeichnet. Niemals bin ich von einer Konferenz mit soviel Befriedigung und Vertrauen zurückgekehrt wie heute.“

Einigung bei der Reichsbahn.

Zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahn und den vertragschließenden Organisationen ist es am gestrigen Dienstag zu einer Einigung über die Schaffung des neuen Tarifvertrages für die Eisenbahnarbeiter gekommen. Die Vereinbarungen wurden durch beiderseitige Unterzeichnung eines Schlußprotokolls endgültig bestätigt. Der Tarifvertrag tritt am 1. August in Kraft und läuft vorläufig bis zum 31. März 1925. In der Frage der Arbeitszeit und der Löhne ist jedoch eine monatliche Kündigung vereinbart. Neben einigen Verbesserungen erhält der neue Tarifvertrag gegenüber dem alten Tarifvertrag auch eine Reihe von Verschlechterungen, die in der Hauptsache in der Arbeitszeitverordnung begründet sind.

Wahnsinn oder Methode?

Das Kampfprogramm des Landbundes.

Die Landbändler haben dem deutschen Verbraucher den Krieg erklärt. Das geschieht nicht zum ersten Male. Denn das „Durchhalten“ im Weltkrieg wurde ja von dem Landbundführer v. Oldenburg-Januschau auch mit der Drohung eingeleitet, daß man den Getreideanbau einschränken werde. In der Inflationszeit wurde die Drohung mit der Einstellung der Produktion zur ständigen Redensart bei Verhandlungen mit den Vertretern des Großgrundbesitzes. Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn die Landbändler unter der Führung des Grafen Kalkreuth bei der Vertretung ihrer Forderungen nach Steuererleichterung, Kreditgewährung und Schutzzöllen, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit durchblicken lassen, daß man — angeblich weil man kein Geld hat — die Ernte verfaulen lassen will; dann das ist der Sache nach der Sinn ihrer Ausführungen, wenn man, wie es in dem Text des Berichtes heißt, „auf die Gefahr eines durch Mangel an Vermitteln herbeigeführten Stillstandes der Landwirtschaft“ hinweist. Und dieser Sinn tritt um so klarer zutage, wenn man hört, daß in einer Reihe von Versammlungen und Presseäußerungen der Bauernstreik zur Zeit der Ernte und sogar die Bauernrevolution angekündigt wurde.

Die Landbändler tun mit dem erpresserischen Auftreten ihrer Sache keineswegs einen Dienst. Der deutschen Öffentlichkeit gegenüber freilich haben sie einen Dienst erwiesen, insofern, als sie die letzten Zweifel über die politische Orientierung des Landbundes zerstreut und der Allgemeinheit klargemacht haben, daß sie zur Durchführung ihrer politischen Ziele vor keinem Mittel zurückzukehren würden. Um die deutsche Agrarwirtschaft jedoch, deren augenblickliche Notlage ihnen dem propagandistischen Vorwand zu ihren Forderungen gibt, ist es ihnen erst in letzter Linie zu tun. Davon zeugt nicht nur die in die Form eines Berichtes über ihre Verhandlungen mit dem Reichskanzler gekleidete Rundgebung, das zeigt noch deutlicher die Begründung des Grafen Kalkreuth, die über die Beweggründe des Auftretens der Landbünde erschöpfende Auskunft gibt.

Um allen Mißdeutungen vorzubeugen, müssen wir mit dem größten Nachdruck betonen, daß die Sozialdemokratie die gegenwärtige, durch die verschiedenartigen Umstände herbeigeführte Notlage der Landwirtschaft durchaus anerkennt. Ihre Notlage ist allerdings nicht die gleiche, wie sie Millionen von Verbrauchern im Weltkrieg und in der Inflationszeit am eigenen Leibe erfahren hatten — es ist noch kein Landwirt verhungert. Aber nicht gelehnet werden kann, daß die gegenwärtige Kreditnot und die Verfassung des inländischen Warenmarktes zu einem Preisdruck für Agrarerzeugnisse geführt hat, der die Gefahr einer Erstarrung der Landwirtschaft in sich schließt. Und die Sozialdemokratie hat es als selbstverständliche Pflicht angesehen, schon vor langer Zeit auf diese drohende Gefahr hinzuweisen und Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet waren, die Wirkungen eines derartigen Krisenzustandes auf die landwirtschaftliche Produktionsfähigkeit abzuschwächen, wenn nicht gar zu befeitigen. Erinnerung sei nur an die Vorschläge des Genossen Otto Braun, deren Sinn und Zweck die Beseitigung der Landwirtschaft mit billigen Betriebsmaterialien war, erinnert sei ferner an das große sozialdemokratische Agrarprogramm, daß die produktionshemmenden Wirkungen aus der modernen Agrarverflechtung ausmerzen und die Grundlage für eine Kräftigung des Bodenbaues bilden soll. Derartige ernstliche Vorschläge sind von den Agrariern mit Hohngelächter aufgenommen worden. Und wenn sie sich heute darüber beklagen, daß die Inflation ihnen das Betriebskapital aufgezehrt hat, so muß doch daran erinnert werden, daß es die deutsche nationale Landbundführer gewesen sind, die mit verlogenem und von den Eigeninteressen des Großbesitzes diktiertem Demagogie eine frühere Bekämpfung der Geldentwertung in gleicher Weise abgelehnt haben, wie die Schaffung der Voraussetzungen dafür durch eine außenpolitische Verständigung. Es ist doch der Gipfel der Unwahrhaftigkeit, wenn jetzt der Landbundspräsident erklärt, daß deutsche Volk habe während der Inflationszeit „aus den Wertpapieren bis zur restlosen Vernichtung des Kapitals geest“, während einwandfrei feststeht, daß gerade aus diesem Prozeß, der die Enteignung des Mittelstandes zur Folge hatte, die Landwirtschaft durch die Zurückzahlung ihrer hypothekenschulden großen Nutzen gezogen hat, einen Nutzen, den sie nicht in ihrer eigenen Tasche behalten darf und behalten wird, wenn die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftskraft eine Entschädigung der von der Inflation am schwersten getroffenen Volksteile zwangsläufig erfordert.

Genau so wie die Sozialdemokratie die landwirtschaftliche Krise zum Gegenstand ihrer Beratungen auf dem letzten Parteitag gemacht hat, so wird sie auch jetzt und in aller Zukunft eine vernünftige Agrarpolitik unterstützen. Die Landbändler aber wollen keine vernünftige Agrarpolitik, sie wollen die erneute Stärkung des Großgrundbesitzes, und sie verbinden damit in höchst plumper Weise die Forderung nach der Wiederaufrichtung des alten Wirtschaftssystems der Kaiserzeit, also die wirtschaftspolitische Restauration und gleichzeitig die Sabotage des Dawes-Berichtes, die einer neuen Vernichtung der deutschen Währung gleichkommt.

Wenn die Landwirtschaft Steuererleichterungen auf dem Kreditwege will, so hat sie mit der erpresserischen

Wahrnehmung dieser Forderung einen Stoß in die Luft gemacht. Denn das Reichsfinanzministerium hat erst kürzlich einen Erlaß herausgebracht, der eine zinslose Stundung von Steuern vorsieht, wenn die Gefahr einer Stilllegung des Betriebes gegeben ist. Jetzt stellt sich heraus, daß dieser Erlaß besonders mit Rücksicht auf die Landwirtschaft herausgebracht wurde, daß sie also hierin schon ihre Forderung erreicht haben, ehe sie sie ausgesprochen. Alle übrigen Forderungen haben mit der gegenwärtigen Krise nur wenig zu tun. Die Bereitstellung von besonderen Krediten für die Landwirtschaft ist fraglos ein dringendes Erfordernis. Man wird sie aber mit Vorstellungen bei der Regierung nicht erreichen können, da Regierung und Reichsbank in ihrer Kreditpolitik solange von der Sorge um die Erhaltung der Währung geleitet werden müssen, als wir eben keine Goldwährung haben. Der Landbund aber tut sein übriges, um die Errichtung einer Goldnotenbank von vornherein unmöglich zu machen; führte doch Graf Kautsch nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ aus:

Ueber alle diese inneren Fragen hinaus aber darf die Landwirtschaft nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die größte Bedrohung der einheimischen Wirtschaft vom Auslande kommt. Wir müssen den Mut haben, dem Auslande zu sagen, daß wir vor der Reite stehen. So lange wir aber im Gegenzug dazu sogar noch Zahlungen versprechen, werden wir immer weiter in das wirtschaftliche Chaos hineinkommen. Dieses Chaos wird seine Hauptauswirkung in einem immer stärkeren Anwachsen des Bolschewismus haben. Hierin liegt die Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft, die die Landwirtschaft als ihre Hauptaufgabe an, auf deren Erfüllung sie alle Kraft einsetzen wird.

Mit anderen Worten: das Dawes-Gutachten wird abgelehnt, eine Forderung, die die Landbündler mit den Kommunisten teilen, und es nimmt sich ganz eigenartig an, wenn der Landbund mit großer Bestimmtheit dem Reiche im Falle der Ablehnung seiner Forderungen den Bolschewismus verpricht. Man könnte fast auf den Gedanken kommen, als sei die deutsch-national-kommunistische Arbeitsgemeinschaft fertig, ihr Aktionsplan perfekt.

Wenn man der Landwirtschaft mit Krediten helfen will, so müssen wir endlich aus dieser ewigen Sorge und dem entsetzlichen Krampf heraus, mit dem wir in Deutschland die Fiktion einer Währung zu verteidigen haben. Denn die Rentenmark ist nichts anderes als eine Fiktion. Sie ist von vornherein ungeeignet für den internationalen Zahlungsverkehr, auf den Deutschland durch seinen Außenhandel angewiesen ist, sie ist ein Notbehelf, der so bald als möglich durch ein Zahlungsmittel von internationalem Wert ersetzt werden muß. Wollen wir aber die Goldwährung erreichen, so ist die Annahme des Dawes-Gutachtens dazu Vorbedingung. Kredite für die Landwirtschaft fordern und das Gutachten ablehnen, das ist ein unlösbarer Widerspruch.

Auch die Frage der Umänderung der Steuergesetze, die von den Landbündlern aufgerollt wurde, ist keine Frage, die mit der augenblicklichen Not zusammenhängt, besonders dann nicht, wenn die Möglichkeit der Stundung der Steuern gegeben ist. Sie wird vielmehr im Rahmen der allgemeinen Steuergesetzgebung zu behandeln und dann in einem Sinne zu lösen sein, der gleichzeitig dem Finanzbedarf des Reiches und seinen außenpolitischen Verpflichtungen sowie der Lage der Landwirtschaft Rechnung trägt. Es ist sehr wohl denkbar, daß man durch Vereinfachung und gerechtere Handhabung der Steuern den Wünschen der Landwirte in hohem Maße entgegenkommen kann, ohne die Tatsache aus dem Auge zu verlieren, daß auch die Landwirtschaft entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit ihren Tribut zur Aufrechterhaltung der staatlichen Gemeinschaft zu zahlen hat.

Wer den Landbündlern den Rat gegeben hat, unter Hinweis auf die gegenwärtige Agrarkrise den Schutz zoll zu verlangen, kann sich wirklich sein Vergeßgeld zurückzahlen lassen. Schutzzölle können nur wirken, wenn die ausländischen Getreidepreise unter denen des Inlandes liegen.

Heute aber liegen die Preise der Agrarprodukte des Auslandes über denen des Inlandes, das heißt, daß das Ausland den deutschen Getreidepreis keinesfalls unterbieten kann. Welchen Sinn es haben soll, gerade jetzt Schutzzölle zu fordern, ist daher unerfindlich. Geradezu verächtlich aber müßte es an, wenn man in demselben Atem, mit dem man sich über hohe Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel beklagt, diese Schutzzölle nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Industrie verlangt. Die Landbündler wollen also offenbar die Produktionsmittel noch weiter verteuern. Daß sie damit bei der heutigen Lage des Weltmarktes mit seinen überhöhten Fabrikpreisen die Gewinne, die sie in einer ferneren Zukunft von den Schutzzöllen erwarten, an die Industrie abgeben, merkt diese Sorte von perantwärtlichen Führern gar nicht. Dabei könnten sie sich über alle diese Fragen bei einem Manne erkundigen, der ihren Reichen sehr nahesteht, dem Dr. Georg Wilhelm Schiele-Kaumburg; dieser Mann setzt sich mit aller Entschiedenheit gegen Agrarzölle ein und sprach gelassen das Wort aus, daß ein Getreidepreis von 200 M. je Tonne eine neue Inflation bedeutet!

Aber um Agrarpolitik ist es den Landbündlern ja gar nicht zu tun. In klassischer Anbetung überholter Formen der Wirtschaftspolitik, die heute nicht mehr anwendbar sind, tragen sie Forderungen vor, die als Wahnsinn anmuten. Hinter dem Wahnsinn der Forderungen aber erscheint deutlich die Methode und Ziel des Kampfes. Man will eben um jeden Preis die wirtschaftliche Reaktion. Auch der Preis, daß Millionen Volksgenossen hungern und verhungern, ist ihnen nicht zu hoch, sonst würde man sich hüten, so leichtfertig die Drohung mit der Stilllegung der Landwirtschaft auszusprechen. Nicht nur die Industriearbeiter, auch die vielen kleinen Landwirte, die sich in das Lager des Landbundes haben locken lassen, sollten sich diese ihre Führer einmal ansehen!

Die agrarische Offensive.

Fortschritt des Druckes des Reichslandbundes.

Der Reichslandbund hat sich mit einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten gewandt, in dem er seine bereits mündlich vorgetragenen Forderungen wiederholt. In diesem Schreiben sind die Forderungen über steuerliche Begünstigung der Landwirtschaft im einzelnen formuliert. Der Reichslandbund fordert:

Die Vermögenssteuerveranlagung ist zur Vermeidung der jetzt zweifelslos bestehenden Sonderbelastung der Landwirtschaft auf Grund eines neuen und richtig zu ermittelnden Beitragswertes durchzuführen und die Entwertungsabläufe den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen.

Sofortige Ermäßigung der Umsatzsteuer und Befreiung der Bezugsgegenstände ausländischer landwirtschaftlicher Produkte bei der Umsatzsteuer. Bei verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten (z. B. Mehl) muß ein Ausgleich gegenüber den inländischen Produkten geschaffen werden.

Bindende Erklärungen der Regierung, daß sie bei der kommenden Neuorganisation des Einkommensteuergesetzes für die Landwirtschaft eine Sondersteuer oder besondere Art der Besteuerung im Verhältnis zu anderen Erwerbszweigen nicht beabsichtigt. Auch sind Vorschriften zu erlassen, welche den kleinen wie den großen Landwirten einander gleichstellen und ihre Besteuerung nach dem Wirtschaftsjahr sicherstellen.

Gegen die Übergriffe der Länder gegenüber der Landwirtschaft auf steuerlichem Gebiet (Grundsteuer, Hauszinssteuer, Zugtiersteuer usw.) ist seitens des Reiches einzuschreiten.

Die Regierung muß klar und unzweideutig erklären, daß die Besteuerung der Landwirtschaft da ihre Grenze findet, wo die Leistungsfähigkeit des Betriebes aufhört und eine Lähmung der Produktion eintritt.

Zur Unterstützung dieser Forderungen hat die deutsch-nationale Reichstagsfraktion eine Interpellation im Reichstoge eingebracht. Die Deutschnationalen und die Agrarier rufen zum Kampf um die Verteilung der Lasten der Reparation.

Aktionsprogramm der russischen Sozialdemokratie.

Im Mai und Juni fanden mehrere erweiterte Versammlungen des Parteivorstandes der russischen Sozialdemokratie statt, an denen sowohl die in Russland wie auch die im Ausland lebenden Genossen teilnahmen. Zu den Sitzungen waren außerdem eine Reihe bekannter Parteigenossen hinzugezogen. Als Hauptergebnis erscheint jetzt das neue ausführliche und detaillierte Aktionsprogramm der russischen Sozialdemokratie, das die Richtlinien ihrer Politik für die nächste Zukunft festlegt.

Das neue Aktionsprogramm verwirft die Diktatur der russischen Kommunistenführer, die mit der Zeit des Aufbaues unvereinbar ist, jede fortschrittliche Entwicklung hemmt und Sowjets und Demokratie nur auf dem Papier kennt. Das Programm fordert die demokratische Republik, stellt aber in Anbetracht der schweren Kampfbedingungen des Proletariats und um die Einigung mit den kommunistischen Arbeitern zu erleichtern, zunächst nicht die parlamentarische demokratische Republik, sondern einen

freiwilligen Sowjetstaat als Mindestforderung

auf. Das wird in dem neuen Programm folgendermaßen formuliert: „Als Mindestbedingung für die Möglichkeit einer solchen Arbeit erachtet die russische Sozialdemokratie die Durchführung der jetzt tatsächlich ausgehobenen Sowjetverfassung und stellt deshalb folgende aktuelle Forderungen:

1. Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Vereine, des Gewissens. Unantastbarkeit der Person.
2. Aberaumung freier Neuwahlen der Dorf-, Kreis-, Bezirks- und Gouvernementsräte.
3. Unerschütterlichkeit und bedingungslose Aufhebung der Todesstrafe.
4. Sofortige Beseitigung der Tscheka und aller anderen Terrororgane.
5. Beseitigung der Militär- und Ausnahmegerichte. Übergabe aller dort schwebenden Prozesse an die normalen Gerichte mit Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit und Parteilosigkeit, der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens und Garantie für eine einseitige Verteidigung der Interessen der Angeklagten.
6. Volle Amnestie für alle politischen Verbannenen, Eingesperrten, Wiederaufnahmeverfahren bei allen Urteilen in kriminellen und religiösen Angelegenheiten und Aufhebung jeglicher administrativer Rechtseingriffe.
7. Beseitigung der Privilegien der KPP und der Kom. Intern. und die Einstellung jeglicher geldlichen Unterstützung aus Staatsmitteln an beide.
8. Vollständige Freiheit der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung, Streikfreiheit, freie Neuwahlen der Fabrikkomitees.“

August und Heinrich.

Die Brügelknaben des Moskauer Kongresses.

Es ist ein eigenartliches Ding um das intime Leben der Kommunistischen Partei. Es schiebt abseits vom Strom. Sie sind in all diesen Dingen eine typische Sektenpartei. Vliest man die Debatte „über die Oktoberereignisse in Deutschland“ nach dem Bericht der „Roten Fahne“ durch, so hat man den Eindruck einer Familienauseinandersetzung. Da tanzen sich Heinrich, August, Meins und wie die Großen alle heißen. Warum der Bericht nicht ruhig von Brandier, Thalheimer und Guralist spricht, das ist den Außenstehenden unverständlich. Obre Geheimnisrätserei geht es nun aber in der KPD nicht ab. August (Thalheimer) verteidigt die „alte Garde, welche eine Brücke zwischen der Zweiten und der Dritten Internationale darstellt“. Offenbar meint er damit sich und Redel. Auch bei dieser Debatte zeigt sich wieder, daß der Fortschritt der europäischen Sozialdemokratie die Hauptursache der inneren Differenzen in der Kommunistischen Internationale ist. Thalheimer betont:

„Es sei zweifelhaft, ob gegen die demokratisch-pazifistische Welle mit richtigen Methoden gekämpft wird.“

Um so rücksichtsloser und demagogischer gehen die Vertreter der Linken vor:

„Die Reden Böttchers und Hederts im sächsischen Landtage waren eine banale Komödie. Die Partei rief die Eisenbahner nicht auf, keine Truppen gegen Sachsen zu befördern, obwohl es klar

Mittsommer.

Von Svend Fleuxon (Kopenhagen).

June, liebliche Mittsommerzeit — schönste Tage des Landmannes. Zu diesem dem Unterholz den wehenden Kaprisiosienhut auf, blüht Brombeere und Holunder an der Hecke ins weisse Bams. Auf den schwellenden Büfen des Mooses legt du eine Füllgrasbroche aus Strohblättern, windest um den schlanken Leib des Baches ein buntes Band von Reis und Bergfarnblättern. Hestest an die Seiten des Hügel das lustige Köckchen der Roggenähre und ziehst über des Talstrichs Fuß den durchbrochenen Blütenstrumpf.

Nun wird die Egge an den weißgeflackten Stallflügel gehängt, der Pflug unter Dach gefahrt, und unten auf der Wiefe stehen alle die Arbeitsmähdren des Herrenhofes und halten Ferien.

Bedrossen sich beugt die erste; das Kreuz eingekollt, der Rücken gebuchtet von Sattel und Selen; die Wähne steht zottelig empor und gleitet nach der einen Seite spärlich hinab wie Haar eines alternden Weibertopfes. Die Augen sind geschlossen, das Maul schludt schräg ums Gebiß und die Ohren liegen lang zurück. Würstlich, wunderbar schaut der Gaul drein; er hat das Ganze satt.

Doch nicht die Pferde sind das Interessanteste an der Wiefe... wie die Menschen nicht das Interessanteste an der Welt. Pferde, Menschen sind fast alle eins: gebeugter Kopf, Strohhauch am Ohr — Achtung, er schlägt!

Beil man uns einmal über die Stoffzuchtgrenze hinaus angeht, hat uns täglich belästigt, weil man Weische und Stroh, Schwert und Kreuz anwendet und die ewigen, einfachen Wahrheiten vergeffen hat, die da handeln von... drum schloffen wir und beugen wir.

Und das alles ist wenig interessant.

Aber vielleicht fällt das Füllen am meisten in die Augen; das Füllen mit der blanken, schmelzenden Farbe, das nach Herzenslust umherstollt und voller Vertrauen ist zu jeder Hand, die es streichen will. Haben wir nicht selber einmal Füllensfüßchen in uns gehabt und gefeiert, mochten es fährte? Sind wir nicht wie Fohlen über alle Felder gesprungen, haben ungeniert vom Roggen gefressen und von den saftigen Auenblättern, vom Baume des Lebens und der Erkenntnis? Und wurden wir nicht unversehens in die Selen gelegt, bekamen wir nicht Gebiß, Scheuklappen an und Bügel auch? Wurden uns nicht die Stränge angeknallt? Jähren wir nicht?

Nein, auch mit dem Füllen ist es nichts.

Die Blumen, die sind es.

Um Mittsommer ist der Natur großes Festfeuerwerk in vollem Gange: Rot pufft auf, Gelb strahlt, Violett zittert. Grün und Weiß und Blau schweben vom Auge — leuchtendes Sommerfestspiel.

Und die Blumen auf dem Felde geben einen ähnlichen Eindruck. Am Sommertage wird unter dem gewaltigen Regensturz der Natur

gefeuer: Rohn zündet seine Feuer an in der niedrigen Hecke, die Flammen des Ackerseins lecken die ruhigen Furchen der Bracherde entlang, Kornreben zucken aus dem Weizen auf, und zwischen den Ähren des Roggens leuchten blaue Kornblumen hervor. Ein lodernder Brand — darüber rauchender Blütenstaub.

Die Egge hängt an der Stallwand, die Sämaschine ist beiseite gestellt — und die Samenkörner, die vor kaum zwei Monaten ausgebreitet wurden, sind emporgekommen und haben sich in dem großen Weizenfeld behauptet. Bleich und zart standen die Keime den einen Tag, hellgrün schlatternd den nächsten. Dann strich der Wind die Erde entlang, belam die Keimblätter zu fassen, wie ein feiner Kamm in widerpenstiges Haar fohst, und zwang sie nach seinem Willen: das Feld erhielt Form.

Und Sonne glüht, Regen kühl, Tau und Tagewechsel durch Wochen geben dem Stengel der Frühlingsart Kraft; sie verliert den hellgrünen Schein, das Jugendliche schwindet, an seine Stelle tritt ein eigenartlich tiefer, dunkelgrüner, vielleicht etwas harter Ton, Gesehtheit, Strebamkeit, Zielbewußtheit kündend. Das Feld bekommt Fülle.

Mit Siebenmeilenschritten geht's dem Reifen zu.

Der Roggen blüht, der Staub der bläulichen Köhren wogt in Wölkchen vom Winde, auf, nieder, im Kreise. Ein Landmann kann nicht umhin zu hören, wie die Köhren sich brüsten. Jährlich, bietet die eine. Fünfzehn, eine andere. Achtzehn! Neunzehn! Und ich will zwanzig geben! Erhörende Rufe schwirren durch die Luft. Die Natur hält auf den freien Wettbewerb. Just im Juni nimmt er das Wort, in der Blumenprache.

Der Weizen aber öffnet sich erst soeben. Es barsten alle die grünen Stengel in der obersten Nahl, und ein schwerer Köhrenloben steckte die Seite hervor. Um ein Kleines ist die Ähre frei, und wenn der Wind übers Feld dahinjagt, biegt er Kopf zu Kopf. Dann raunt es seltsam, summt und flüstert von Lust des Lebens. Dann schloßt sich das Reie, Kommende. Und die Gerste lachst, der Hafer hat eilig, er blüht zuletzt von den Gräsern.

Brutztreiber ward der Roggen, als die Zeit der Reigungen vorbei war; der Weizen wird's auch werden, dann die Gerste und dann der Hafer.

Brodsang packt auch dich und mich einmal. — — — Leb wohl dann, Mittsommer!

Dichter und Künstler für den Achtstundentagskampf des Proletariats. Folgender Aufruf geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„An alle Künstler und geistige Schaffende! Liebe Freunde, Kameraden und Kollegen! Überall in ganz Deutschland stehen die Arbeiter im Kampf für die Erhaltung des Achtstundentags. Acht Stunden sollen die Arbeiter freimachen für ihre Körper und die Welt. Acht Stunden sollen sie in der freien Welt freimachen in den Apparaten der Industrie, Acht Stunden sollen sie

mechanische, geisttätende Tätigkeit üben, acht Stunden ihren ausgemergelten, müden Körper schaffen lassen. Acht Stunden! All die Leute, die nicht wissen, was es bedeutet, acht Stunden immer dieselbe Hebelbewegung auszuführen, acht Stunden bis 1800 Meter unter der Erde zu schaffen oder vor den höllischen Feuern der Dampfessel und Hochöfen zu stehen, diese Leute fallen über den Arbeiter her. Sie wollen — sie fordern, daß der Arbeiter seinen stehenden, unterernährten Körper nicht nur acht, sondern zehn, zwölf Stunden schutzen läßt. Wohlgerneht, die wollen ihn zwingen, die für sich das Recht an Gewinn der Arbeit in Anspruch nehmen, die sich ammaßen, Träger der Kultur zu sein. Jede Stunde Arbeit mehr bedeutet für den Arbeiter Ausschluß an der Teilnahme und an dem Genuß der Kunst.

Das Recht ist auf Seiten der Arbeiter. Wir Künstler stellen das fest. Wir können nicht ruhig mit ansehen, wie das Recht des Menschen auf seinen Körper, auf Kultur aller Menschlichkeit zum Nichts mit Füßen getreten wird. Hunderttausende Arbeiter stehen im Kampf, sind von ihren Arbeitgebern ausgesperrt, weil sie nur acht Stunden schaffen wollen. Wir müssen ihnen zu Hilfe eilen, müssen uns mit unserer Kunst, unserer Feder für sie einsetzen. Überall in Deutschland, soweit es noch nicht geschehen, müssen sich die Künstler zu Arbeitsausschüssen zusammenschließen, Veranstaltungen arrangieren, um den für den Achtstundentag kämpfenden Arbeiter auch materielle Hilfe zu bringen. Das ist unsere Pflicht.“

Der Aufruf ist unterzeichnet von Hans Baumbach, Alfons Baquet, Ernst Teller, Heinrich Jülle, Wilhelm Dörfler, Willibald Krahn u. a.

Die Not der Volksbibliotheken. Bei der diesjährigen Versammlung des „Verbandes deutscher Volksbibliothekare“ in Erfurt wurde vielfach die Not der Volksbibliotheken hervorgehoben, die durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des vergangenen Jahres und den Beamtenabbau stark gefährdet und beschädigt sind. Dabei nimmt der Andrang der Leserchaft zu den Bibliotheken fast allerorts dauernd zu. Die vielfach erst vor dem Kriege ins Leben gerufenen Bibliotheken, die schon in den Kriegsjahren unter härtesten Nennungen zu leiden hatten, sind dem Ansturm des Publikums fast nirgends recht geworden. Es wurde als dringende Notwendigkeit hervorgehoben, daß diese Mittelpunkte der freien Bildungsbestrebungen größere Unterstützung als bisher durch Staat und Gemeinden finden.

Leidenschaftiger durch Verfeinerung. Dr. Decio Vapponi, der Sohn des früheren päpstlichen Leibmedizins, hat wie das „Giornale d'Italia“ weiß, kürzlich der Herzogin von Rom mehrere Leiden vorgeführt, die er seit zwei Jahren durch sein Verfahren in Stein verwandelt hat. Die Leiden sind hart wie wirklicher Stein und bewahren in ihrem Leuchern die Natürlichkeit des lebenden Körpers. Wie das römische Blatt erklärt, beschränkt sich Dr. Vapponi darauf, die Leiden zwei Stunden in ein Bad zu legen, dessen Flüssigkeit aus einer Lösung besteht, deren Zusammensetzung sein Geheimnis ist.

In der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, gelangt ein neues Stück des diesjährigen Sommertheaters „Angenehme Barmherzigkeit, Die Kreuzschreiber“ zur Aufführung. Regie: Hans Felzig.

war, daß die Niederschlagung des sächsischen Proletariats der Niederlage des deutschen Proletariats gleich kam. Die Chemnitzer Konferenz war unvorbereitet. Es ist eine Schande, daß die Rede des linken Sozialdemokraten Gruppe den Chemnitzer Beschluß entschied. Brandlers Behauptung, daß es der Arbeiterschaft an Kampfbereitschaft fehle, ist unwahr.

Die Brandlerzentrale wäre auch ohne Eingreifen der Exekutive abgefaßt worden. Der Frankfurter Vorlesung bewies, daß keine Parteistimmung vorhanden ist, daß die Partei konsolidiert ist und daß die Partei die Hauptfragen im Sinne des linken Bolschewismus entschied. Thalheimers Behauptung bezüglich der Führerrolle der alten Garde und Kadeks ist in diesem Falle unzutreffend. Kautsky und Plechanow hatten auch Verdienste und wurden dennoch zu Verrätern. Solche Fragen müssen politisch und nicht sentimental beurteilt werden.

Nach all den Debatten ist schon jetzt kein Zweifel, daß der Bolschewismus auf dem Weltkongreß reiflos siegen wird. Die Widerstrebenden werden sich fügen, Brandler und Thalheimer warten als disziplinierte einfache Soldaten die Stunde ab, wo der Bankrott der linken Führung offenkundig geworden ist (der Moment kann bald kommen) und das charakterlose Gros der Heiden von der Qualität Bötzfers und Heders lassen sich in die Reihen der heiligen Linken gerne aufnehmen. Bucharin, der gute Knabe, gibt seinen hochpriesterlichen Segen: „Es ist nur begriffenswert, daß die deutschen Proletarier temperamentvoller geworden sind.“ Wir anderen Sterblichen gemessen derweils diese „Aufreißung“ des revolutionären Temperaments an allen Ecken und Enden — vom Reichstag bis zur kleinsten Dorfquaffelbude.

Kommunistische Rückzieher.

Köln, 25. Juni. (Mit.) In zum Teil merkwürdigen Erörterungen finden sich jetzt die Kommunisten in den Stadtparlamenten Westdeutschlands zu ordnungsmäßiger Mitarbeit in den Ausschüssen bereit. Sie treten jetzt in Aachen den Rückzug an und berufen sich, indem sie den gekränkten Knaben spielen, darauf, daß sie feinerzeit den Handhieb in voller Würdigung des § 2 Abs. 2 der Rheinischen Städteordnung geleistet hätten, was wohl auch im Sinne der Verfügung Severtings sein dürfte. In Dortmund haben die Kommunisten eine ihnen vom Magistrat zugedachte Erklärung, die sie aufs neue auf die Schwereigepflicht vereidigen soll, unterschrieben, worauf der Magistrat die Bedenken gegen die Mitarbeit der Kommunisten an der städtischen Selbstverwaltung fallen ließ.

Der rheinische Provinziallandtag.

Stellungnahme zum Sachverständigen-Gutachten.

Düsseldorf, 25. Juni. (Mit.) Der Provinziallandtag begann seine geistige Sitzung um 9 Uhr morgens. Für die allgemeine Aussprache waren den vier Fraktionen je zwei Redner mit einer Redezeit von je zusammen anderthalb Stunden zugelassen worden. Das Hauptgewicht lag bei allen Reden auf der Stellungnahme der einzelnen Parteien zu der gegenwärtigen politischen Lage. Als erster Redner sprach der Zentrumsoberordnete Hanssen Barrer in Sommersdorf, über das Sachverständigen-Gutachten. Er stellte sich in seinen Ausführungen hinter die Entscheidung der Reichsregierung und verlangte die Annahme des Gutachtens. „Wir fordern das“, sagte er, „in der sicheren Erwartung, daß dann auch die Feiern fallen werden, die unserer Wirtschaft ungesund sind. Ferner verlangen wir, daß die Opfer, die das Sachverständigen-Gutachten uns auferlegt, gerecht verteilt und die Lasten der Belastung verringert werden.“ Für die Arbeiterschaft sprach Schann der Abgeordneter Kaiser-Köln. Er wies auf die Vorbereitung zur Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit der Rheinlande zum Reich hin und erinnerte das Treuegülden zum Reich: „Wir freien Rheinländer wollen sein ein einzig Glied im freien deutschen Reich in ungetrennter Zugehörigkeit zum Staate Preußen, der uns unser Deutschum nach geschichtlicher Erfahrung am besten nährt.“ Der Redner der Sozialdemokraten, Redakteur Steinbüchel-Essen, forderte wie der Zentrumredner die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens, das allein wieder Zeiten ruhiger Entwicklung bringen könnte und endlich einmal das politische und kommunistische Treiben verschwinden ließe. Für die Kommunisten forderte Knob unter dem üblichen Beschwall eine Amnestie für alle politischen Gefangenen Deutschlands.

Verlängerung der Micumverträge.

Düsseldorf, 25. Juni. (Mit.) Infolge der sich ergebenden Notwendigkeit, die Micumverträge mit den Ruhrzechen, die bis zum Monatsende eine Verlängerung erfahren hatten, erneut über den 30. Juni hinaus vorläufig zu verlängern, haben Verhandlungen zwischen dem Sechserausschuß und dem Bergbauischen Verein sowie den Vertretern der Micum bereits begonnen. Sie werden Ende der Woche zum Abschluß kommen und eine neue zwei bis vierwöchige Verlängerung des Abkommens auf Grund der Beratungen vom 15. Juni erörtern.

Das Kabinett Held.

München, 25. Februar. (Mit.) Nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ dürfte sich das Kabinett Held etwa wie folgt zusammensetzen: Dr. Held, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, Dr. Mall, Kultusminister, Gärtner, Justizminister, Stübel, Minister des Innern, Dr. Krausned, Finanzminister, Dr. v. Meinel, Handelsminister, Oswald, Sozialminister, Prof. Fehr, a. d. Wirtschaftsinstitut.

Die Münchener Presse zur Kandidatur Held.

München, 25. Juni. (Mit.) Die Lösung der bayerischen Regierungskrise nach siebenwöchiger Dauer ist begrifflicherweise ein Anlaß, daß die Presse aller Parteinrichtungen längere Betrachtungen anstellt. Dabei wird mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß die Präsentation des Abg. Dr. Held zur Ministerpräsidentenschaft schon deshalb erfolgen mußte, weil man keinen anderen Ministerpräsidenten mehr gefunden habe und weil die bisherigen zu rasch verbrannt worden seien. Im „Sonenschen Kurier“ wird die Erwartung ausgesprochen, daß durch die Kandidatur Held auch die sachlich-programmatischen Differenzen, welche bis jetzt die Regierungsbildung erschweren, in Bälde ausgeglichen werden. In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird betont, es habe sich offenbar keine prominente Persönlichkeit mehr bereit gefunden, die Verantwortung als Ministerpräsident zu übernehmen, um schließlich die Bundesbank in die Blüte geföhrt zu werden. So sei wenigstens diesmal der Posten des Ministerpräsidenten vom Chef der stärksten Partei des Landes selbst übernommen worden. In der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ wird betont, es sei schade, daß man nicht schon längst auf den jetzt verwirklichten Gedanken gekommen sei, und daß Dr. Held sich erst anzuschließen konnte, als es einen anderen Ausweg nicht mehr zu geben schien.

Beleidigungsprozeß Spieler — Sonntag. Bei der heutigen Verhandlung in der Beleidigungsloge des Reichsgerichtes Dr. Spieler gegen den Korrespondentenredakteur Josef Sonntag wurde Sonntag alle gegen Spieler erhobenen Anklagen reiflos zurückgenommen, ohne auf nur den geringsten Beweismomenten zu bestehen. Sonntag heute behauptet, daß Spieler Gelder des Oberschießensfonds für die „Germania“, den „Vorwärts“ und sozialdemokratische Abgeordnete verwandt habe.

Die Unterschlagung.

Im Laden meines Freundes herrscht große Aufregung. Der 14-jährige Lausbursche, Hans, ist bei einer Unterschlagung erwischt worden. Verhört von einem älteren Jungen, der einer Jugendorganisation angehört, hat er für das ihm anvertraute Geld einen Fußball gekauft. Man bestimt sich nun auf eine ganze Reihe anderer Unredlichkeiten, die von ihm während der ganzen Zeit begangen worden sind. Er hat bittere Tränen geweint, hat erklärt, er gehe unter keinen Umständen nach Hause — er tue sich was an —, denn sein Vater würde ihn halbtot schlagen. Als ich zufällig hinzukam, waren bereits Mutter und Schwester da. Der Hans selbst lag in einem Zimmer eingesperrt, damit er ja nicht irgendeine Dummheit begehe. Hier mußte ich ihm nun aussuchen und mich mit ihm unterhalten. Er sah natürlich verweint aus, war aber bald beruhigt und erzählte ausführlich, wie alles gekommen sei. Wir waren in einigen Minuten gute Freunde. Was nun tun? Er fürchtete sich vor dem Vater. Nach Hause geht er nicht. Hier Lausbursche bleiben kann er auch nicht. Man will ihn nicht mehr behalten, auch Schame er sich vor den Angestellten. Wie Rat schaffen? Ich spreche mit der Mutter. Die ist sich darüber im Klaren: Zuerst kommt der Junge heron, dann sie selbst — denn „sie hat ja den Jungen stets verwöhnt“, behauptet wenigstens ihr Mann. Ich denke darüber nach, ob ich nicht mitgehen soll. Viel Zeit würde das in Anspruch nehmen; wer weiß auch, wie der Vater uns empfängt. Blödsinn fällt mir etwas ein. Ich schreibe dem Mann einen lebenswürdigen Brief — der wirkt vielleicht. Gedacht, getan.

Die Angelegenheit nahm dann folgenden Verlauf: Als ich der Mutter den Brief einhändigte, meinte sie, das würde nichts nützen. Als ich mich einige Tage später nach der Angelegenheit erkundigte, erzählt mir, daß der Vater den Jungen wirklich nicht angerührt habe. Nachdem er den Brief gelesen, ließ er sich von seiner Frau den Sachverhalt erzählen, blieb eine Weile nachdenklich sitzen, sah sich den Jungen genau an, als sähe er ihn zum erstenmal, erhob sich dann schwer vom Stuhle, nahm seine Mütze und ging fort. Nach Hause kam er erst, als der Junge schon schlief. Der fand aber gleich am anderen Tage wo anders Arbeit. Wie einfach ist es doch, Kindern und Eltern zu helfen. Und wie selten nimmt man die Gelegenheit dazu wahr.

Skelettfund in der Katiborstraße.

Verstarrt auf einem Kohlenplatz.

In einem Hause der Katiborstraße wurde heute morgen ein Skelet aufgefunden. Da ein Kapitalverbrechen nicht ausgeschlossen ist, begab sich die Nordkommission an den Fundort.

Weiter wird uns zu dem Fund mitgeteilt: Ein Arbeiter wollte heute morgen eine tote Katze in einer Ecke des großen Kohlenplatzes Ecke Katibor- und Reichenberger Straße verscharren. Nach wenigen Spontanschritten stieß er aber auf Knochen. Bei weiterem Nachforschen förderte er ein unförmiges weiches Etwas zutage. Als er mit dem Spaten vorsichtig daran scharrte, stellte es sich als ein menschliches Skelet heraus. Dieses ist allem Anscheine nach in ein Tuch gehüllt. Deutlich kann man den Schädel erkennen. Derjenige, der die Leiche hier einmal verscharrte, habe sie auch noch mit Kalk beworfen, um den Verwesungsprozeß zu beschleunigen. Der erschrockene Mann machte sofort den Platzmeister von seinem Funde Mitteilung. Es wurde das 110. Revier benachrichtigt. Die sofort dahin entsandten Beamten alarmierten die Nordkommission. Der Fundort liegt an der äußersten Ecke des Platzes, dicht am Jaun an der Ecke der Katiborstraße. Dieser Teil des Platzes war aber vor zwei Jahren umgepflügt und mit Karloffeln und Tomaten bepflanzt worden. In den letzten Jahren hatte man davon Abstand genommen. Der Leichnam kann also auch erst in den letzten beiden Jahren hier verscharrt worden sein. Die Ermittlungen und Untersuchungen der Nordkommission sind noch im vollen Gange.

Der Schülermord in Wahlisdorf.

Zu den Mitteilungen eines tiefigen Mittagblattes über den Schülermord in Wahlisdorf wird gemeldet, daß es nicht zutrifft, daß die Polizei das Ermittlungsverfahren gegen Liebeck und Gen. eingestellt hat. Vielmehr sind die Akten an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden. Die Polizei steht den Aussagen des Liebeck nach wie vor skeptisch gegenüber. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

Die Geschlechtskrankheitenstation in der Kröbelstraße.

Im Hause des Obdachlosen in der Kröbelstraße ist eine Behandlungsstation für geschlechtskranke Frauen untergebracht. Das Obdach ist zur Unterbringung dieser Station aus manchen Gründen denkbar ungeeignet. Seit dreißig Jahren (in Worten dreißig!) erwägt man in den Kreisen der Stadtverwaltung deshalb die Verlegung der Station. Jedes Jahr bei der städtischen Haushaltsberatung werden von den ergrauten und würdigen Stadtvätern dieselben Reden für die Verlegung gehalten und dieselben Erwiderungen von den Magistratsbehörden angeführt. Tagelang soll schon bei solchen Gelegenheiten die Rede schlagend getobt haben. Immer wieder versicherte der hochwohlwollende Magistrat, daß er prinzipiell für die Verlegung sei, daß aber nach „Erwägungen“ schweben und daß vor allen Dingen die Anwohner der neu zu belegenden Gegend bereits Proteste loslassen. Jetzt endlich scheint die Stunde der langversprochenen Tat gekommen zu haben. Die Station wird verlegt!! Nach Reinisdorf! Und schon beginnt der Proteststurm. In der Reinisdorfer Bezirksparlamentarversammlung wird in der nächsten Sitzung ein Dringlichkeitsantrag — ohne Zweifel von allen Parteien — einstimmig angenommen werden, der dem stammenden Protest der Reinisdorfer Bürger gegen die ständischen Absichten des Berliner Magistrats freudig Ausdruck verleiht. Wir haben volle Sympathie mit diesem Protest. Aber eine Frage: Wohin soll die ominöse Station verlegt werden? Welches Bezirk wird, wenn man ihm diese Ehre erweisen will, nicht ebenfalls protestieren wie Reinisdorf? Armer Berliner Magistrat! Hoffentlich gelingt es Dir, ein wirklich solomonisches Urteil zu fällen.

Weil er nicht Lohndrücker werden wollte.

In der Nacht zum 20. Dezember waren große Schneemassen in Potsdam niedergegangen. Das Depot der Straßenreinigung forderte in aller Eile vom Magistrat Erwerbslose zum Schneeschleppen an. Eine Stunde später standen etwa 100 Arbeitslose auf dem Feuerwehrturm zum Empfang der Gerätschaften für die Schneebeseitigung. Der Vertrauensmann der Erwerbslosen, der Schlosser Hermann Kautenberg, holte aber in Erfahrung gebracht, daß die städtischen Strohhentzler bereits in Anzugs- und Arbeitskleidung waren. Er teilte dieses den Erwerbslosen mit und rief ihnen, nur gegen Lohn zu arbeiten, wie ihn die städtischen Feuerwehrlente bekommen, andernfalls würden sie hier als Lohndrücker auftreten. R. beschloß Abstimmung. Das Resultat war nicht gut. In wenigen Minuten hatten alle Erwerbslosen den Hof verlassen. Der Schnee blieb liegen. R. war feinerzeit wegen Aufforderung zum Ungehorsam aus § 110 StGB. vor dem Potsdamer Schöffengericht angeklagt, aber freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das freisprechende Urteil Revision angemeldet. Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache nochmals an dasselbe Gericht. In der heutigen Sitzung vor dem Potsdamer Amtsgericht mit dem Einzelrichter wurde der Angeklagte für schuldig befunden und zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Zur Verhandlung führte der Vorsitzende aus, daß der Angeklagte die Absicht gehabt habe, die Arbeiter der Behörde zu schrecken. Er habe aus grundsätzlichen Gesichtspunkten heraus gehandelt. Jeder Magistrat habe

das Recht, von seinen Erwerbslosen Arbeit zu verlangen, wenn ihnen Arbeit zugewiesen wird. Eigenes das Urteil hat der Beschädigte natürlich sofort Berufung an Ort und Stelle eingelegt.

Vorsteherkrise im Rathaus.

Nach den Berichten bürgerlicher Zeitungen wollen die bürgerlichen Parteien am nächsten Donnerstag eine Vorsteherkrise herbeiführen. Der Bürgerklub hat sich gefunden. Die Vorsitzenden der bürgerlichen Fraktionen haben gestern abend die Lösung einer Vertrauensklärung an den Stadtverordnetenvorsteher Hah besprochen, weil er einen dreifachen Vorstoß gegen die Geschäftsordnung begangen habe, indem er

1. auf den Antrag der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion die öffentliche Sitzung vor der geheimen einberief, die von den Mitgliedern der nichtsozialistischen Fraktionen beantragt war, obwohl der letztere Antrag am 17. der erstere erst am 19. Juni eingegangen war;

2. entgegen der Bestimmung der Städteordnung in der Einleitung zur geheimen Sitzung den ordnungsmäßigen Hinweis auf § 42 der Städteordnung (unbedingte Beschlußfähigkeit) unterließ, obwohl der Hinweis noch besonders beantragt war;

3. die nächste Sitzung wegen verspäteter Zusammenberufung aufhob, obwohl nach der Erklärung der Geschäftsstelle und ausweislich der vorgelegten Poststempel die Einladung rechtzeitig am 20. Juni erfolgt ist, wobei wiederum besonders hervorzuheben ist, daß der Antrag schon am 17. Juni vorlag.

Die Unterzeichneten erblicken in diesem Verhalten eine Verletzung der Obligation der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den in Ausführung des Gesetzes von der Mehrheit gewollten Willen des Magistrats und sprechen dem Vorsteher wegen des hierdurch bewiesenen Mangels an Unparteilichkeit ihr Mißtrauen aus. Sie erwarten, daß der Herr Stadtverordnetenvorsteher daraus die gebotenen Folgerungen ziehen wird.

Außerdem sollen die bürgerlichen Fraktionen entschlossen sein, eine Beratung des Statts, der auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung steht, zu verhindern. Von Oben soll die Entsendung einer Deputation zum Oberpräsidenten betrieben, um die Aufhebung der Stadtverordnetenversammlung durchzusetzen. Es wird sich am Donnerstag zeigen, ob die Mißtrauensklärung, die die Vorsitzenden der bürgerlichen Fraktionen dem Vorsteher heute vortrugen haben überreichen sollen, auch die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung findet. Im übrigen zeigen sich die Linien der Bürgerklubpolitik ganz klar. Der Rechtsbruch des politischen Abbaues soll unter allen Umständen stattfinden. Den Statt werden die Herrschaften dreimal darüber zum Teufel gehen lassen. Um so schöner wirkt dann das Fetergesehrei über sozialistische Sabotage.

Kinderttransport nach Lettland. Wie im vergangenen Jahr hatten die Deutschen in Lettland auch diesmal wieder eine große Anzahl erholungsbedürftige Kinder eingeladen. Gestern um 12 Uhr fuhr der Transport vom Bahnhof Charlottenburg ab. Er ist vom Deutschen Roten Kreuz in Danzig, Delegation Berlin, aufgenommen und reist unter der Leitung des Geschäftsführers der Delegation, Herrn Giergenhals, als Vertreter des Wohlfahrtsministeriums begleitet Regierungsrat Dr. Schäffer den Transport. 221 Kinder aus allen Teilen Deutschlands traten diesmal die Reise an. Am Freitag früh werden sie in Riga sein und dann ihren Pflegsleuten zugeweiht werden.

Das Optionsrecht der Oberstleutnant. Die Frist zur Abgabe der Options- und Verzichtserklärungen der Oberstleutnant läuft nicht noch bis zum 15. Juli 1924. Die Erklärungen werden auf städtischen Polizeirevier Groß-Berlins entgegengenommen. Es liegen dort auch die näheren Bestimmungen zur Einsicht aus. Zur Begründung des Options- bzw. Verzichtrechts ist der Geburts- oder Taufschein, die Heiratsurkunde, Belege für die Staatsangehörigkeit und dergleichen vorzulegen oder eine entsprechende eidesstattliche Versicherung abzugeben.

Die Gründungsverammlung der „Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte“ hat vor kurzem stattgefunden. Nach Annahme der vorläufigen Satzungen, deren erster Paragraph lautet: „Der Verein bezweckt die Sammlung der in der SPD. organisierten Ärzte und die Beeinflussung der Gesundheitspolitik im sozialdemokratischen Sinne“, wurden in den provisorischen Vorstand gewählt die Herren: Silberstein (Reutal), 1. Vorsitzender, Chojas, 2. Vorsitzender, Jaffe, Schriftführer, Koroch, Stulz, Wogodjinski und Kollwitz. Etwasige Zulassungen für die Vereinigung erbeten an Dr. Ludwig Jaffe, Charlottenburg 2, Reibnitzstr. 20.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin e. V., N. 31, Schönholzer Str. 20, teilt mit, daß der Samariterdienst Nr. 75, lautend auf den Namen Helene Robinson, und Nr. 126, für Walter Strauch, gestohlen und verlorben wurden und hiermit für ungültig erklärt werden.

Beim Jubiläumfest der deutschen Presse am 12. Juni sind Gewinne gezogen auf die Nummern 1425, 1445, 1456, 2556, 2982, 3087, 3122. Ein Teil davon ist noch nicht abgeholt und steht den Gewinnern bei der Erbfindende deutscher Firmen im Landort zur Verfügung.

Acht Schwerverletzte bei einer Pulverexplosion. In Pöster bei Hannover fanden gestern abend gegen 8 Uhr Männer unter einer Brücke am Mitteland-Kanal vier Kisten mit Schwarzpulver. Die Kisten wurden geöffnet und der Inhalt aus Neugierde mit einem Streichholz angezündet und dadurch zur Explosion gebracht. Während die Kisten geöffnet wurden, kamen noch einige Neugierige hinzu. Bei der Explosion wurden vier Männer, eine Frau und drei Kinder schwer verletzt und liegen zum Teil hoffnungslos darnieder. Außerdem erlitten noch einige andere Personen leichtere Verletzungen. Es steht so gut wie fest, daß das Pulver aus einem Diebstahl herrührt.

Explosionsunglück auf einem Dampfer. Durch die Explosion an Bord des britischen Transportdampfers „Egremont Castle“ im Hafen von Brooklyn, bei der 200 000 Gallonen gasförmigen Naphthas in die Luft flogen, wurden fünf Mann der Besatzung getötet, acht weitere schwer verletzt. Aus Furcht vor weiteren Explosionen ging der Dampfer in Cost River vor Anker, wo er bald darauf sank.

Neue Blatternfälle in Kopenhagen. Vor einigen Wochen befürchtete man in Dänemark eine Blatternepidemie. In den verschiedenen Stadtteilen Kopenhagens traten einzelne Fälle auf. Durch Desinfektion der Brustkästen und Impfung der Bevölkerung glaubte man Herr der Ausbreitung geworden zu sein. Jetzt meldet das Gesundheitsamt eine Reihe von neuen Krankheitsfällen. Alles in allem sind 8 Patienten in dem Epidemienkrankenhaus abgefordert worden. Merkwürdigerweise hat man eine Verbindung zwischen den neuen und den ersten Fällen nicht nachweisen können.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 12. Kreis Parteifeld, Lichtentode. Die Genossen von Parteifeld und Lichtentode nahmen an der Parteiverammlung am Donnerstag in Marienbad, Schloß Rühlitz teil. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Gen. Otto Müller, N. 3. 2.
- 13. Abt. Pankow. Donnerstag, abends 8 Uhr, öffentl. Versammlung bei Kuchow, Berliner Str. 20. Tagesordnung: Erklärung einer Parteigenossenschafts-Verfassung. Abt. Schulungsleiter, Gemeindeführer und Parteigenossen sind eingeladen.

Stichtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.

- 108. Abt. Rüppell. Sonntag, 22. Juni, abends 8 Uhr, im am Sonntag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Reichshaus, Charlottenburg 11, Ufer, Friedrichsplatz, Kuchow-Strasse.

Gewerkschaftsbewegung

Falsche Zahlen des Reichsfinanzministers.

Vom Reichsverband der Justizbeamten wird uns geschrieben:

Nach Zeitungsmeldungen, unter anderem im „Berliner Lokal-Anzeiger“ am Sonnabend, den 21. Juni, Abendausgabe, und „Tag“ Morgenausgabe, hat der Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Haushaltsausschuß des Reichstages eine vergleichende Uebersicht einzelner Gehaltsstufen zu den ehemaligen Kriegergehältern der Beamten gegeben. Nach seiner Angabe beziehen die Beamten der Gehaltsklasse V ohne Ortszuschlag unter Berücksichtigung des Frauenszuschlags und zweier Kinderzuschläge 109 Proz. des Friedenseinkommens.

Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen, was durch nachfolgende Aufstellung klar zum Ausdruck kommt.

Ein Kanzleisekretär der Gehaltsklasse V bezieht nach der letzten Gehaltsregelung ab 1. Juni: Anfangsgehalt 1296 M., Endgehalt 1728 M. Hierzu tritt der Frauenszuschlag mit 120 M., weiter Kinderzuschlag für 2 Kinder (die Kinderzuschläge betragen bis zum Lebensalter von 6 Jahren 16 M., von 6 bis 14 Jahren 18 M., über 14 Jahre 20 M. monatlich) durchschnittlich gerechnet 2x18 M. = 36 M. monatlich, = jährlich 432 M. Demnach beträgt das Gesamtjahreseinkommen eines Kanzleisekretärs heute 1848 M. bzw. 2280 M.

Der gleiche Beamte bezog im Frieden: bei den Lokalbehörden Anfangsgehalt 1650 M., Endgehalt 2700 M. Außer dem hatte er einen Lieberverdienst, welcher nach der Staatsumwälzung infolge Abschaffung der Heimarbeit in eine feste Zulage umgewandelt wurde. Diese Zulage betrug 400 M. bzw. 600 M., so daß das Einkommen des Kanzleisekretärs 2050 M. bzw. 3300 M. betrug. Hiernach ergibt sich, daß der Kanzleisekretär heute im Anfangsgehalt nur 90 Proz. und im Endgehalt nur 69 Proz. des Friedenseinkommens erhält und nicht, wie der Herr Reichsfinanzminister behauptet, 109 Proz.

Bei den Provinzialbehörden bezog derselbe Beamte ein Anfangsgehalt von 1650 M. und ein Endgehalt von 3000 M., dazu die Zulage von 400 M. bzw. 600 M. Das Einkommen dieses Beamten betrug demnach 2050 M. bzw. 3600 M. Der Prozentsatz zum Friedenseinkommen beträgt hier nur 90 Proz. bzw. 63 Proz.

Da der Reichsfinanzminister bei seiner Gegenüberstellung den Ortszuschlag hat weglassen lassen, so ist auch entsprechend dem Friedenseinkommen bei der vorstehenden Gegenüberstellung der früheren Wohnungsgeldzuschuß außer Betracht geblieben. Es ist aber von Interesse, einmal den heutigen Ortszuschlag mit dem früheren Wohnungsgeldzuschuß der oben genannten Beamten zu vergleichen. Diese Beamten erhielten als mittlere Beamte im Frieden den Wohnungsgeldzuschuß von 800 M. Heute erhalten diese Beamten einen Ortszuschlag in der Ortsklasse A von 432 M. Da bekanntlich dieser Betrag 80 Proz. vom wirklichen Ortszuschlag ist, so geht daraus hervor, daß der Ortszuschlag für diese Beamten später, wenn die Mieten auf den Friedensstand gebracht werden, nur 540 M. beträgt. 540 M. zu 800 M. ist gleichbedeutend mit einem Prozentsatz von 67 1/2 Proz. In Wirklichkeit beträgt also das Gesamteinkommen dieser Beamten mit dem vorstehend genannten Sozialzulagen zurzeit bei den Lokalbehörden im Anfangsgehalt 71 Proz. im Endgehalt 66 Proz., bei den Provinzialbehörden 71 Proz. bzw. 61 1/2 Proz. des Friedenseinkommens.

Vergleicht man aber das Gehalt eines unverheirateten Beamten der Gehaltsklasse V mit seinem Friedenseinkommen — und diese Zahlen sind in Wirklichkeit allein miteinander vergleichbar — dann ist das Verhältnis ein noch weit ungünstigeres. Denn dann fallen die Sozialzuschläge für Familienmitglieder, die der Reichsfinanzminister als Gehalt rechnet, ganz fort. Ohne Ortszuschlag bzw. Wohnungsgeld beträgt demnach das Gehalt bei den Lokalbehörden nur 64,8 bzw. 52,36 Proz., bei den Provinzialbehörden 64,8 bzw. 48 Proz. Es sehen in Wirklichkeit die 109 Proz. Friedenseinkommen aus, die der Reichsfinanzminister dem Haushaltsausschuß vorgezeichnet hat.

Es steht demnach fest, daß die Behauptung des Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuß des Reichstages nicht den Tatsachen entspricht. Es kann Herrn Dr. Luther nur empfohlen werden, bevor er solche Erklärungen abgibt, sich bei den zuständigen Dienststellen genauer zu informieren, damit im Reichstag und in der Öffentlichkeit kein falsches Bild über die Beamtenbesoldung entsteht. Die Beamten der vorgenannten Gruppen erheben schärfsten Protest gegen ein solches Gebahren.

Die Forderungen der Eisenbahner.

Am Sonntag waren die Bevollmächtigten aller im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Ortsgruppen des Bezirks Ost in Frankfurt a. O. zusammen. Nach einleitenden Referaten wurde nachstehende Entschliessung angenommen:

Die Konferenz nimmt von dem Verhandlungsergebnis Kenntnis. Sie erklärt, daß das Ergebnis als ein Erfolg der Organisation zu buchen ist, obgleich nicht restlos alle Forderungen durchgesetzt werden konnten. Daß die 10. Arbeitsstunde in den Bahnmotoren gefaßt ist, begrüßt sie freudig. Die Konferenz fordert aber ungeduldet das bisher Erzielte: 1. Einführung von befristeten Posten für die Bahnunterhaltungsarbeiter gleich den übrigen Dienstzweigen.

2. Sofortige Revision der jetzigen unhaltbaren Dienstbauernordnungen, die nicht nur die Gesundheit des Personals untergraben, sondern auch eine Gefahr für die Reisenden bedeuten. 3. Durchsetzung der Bezahlung der 9. Arbeitsstunde als Lieberstunde. 4. Einwirkung auf die politischen Parteien die von der Regierung angeforderte neue Besoldungsanträge zu beschleunigen, zu einem für die unteren Gruppen erträglichem Abschluß zu bringen und deren Auswirkung auf die unteren Gruppen der Lohnempfänger auszuweihen.

Sie fälschen wie sie atmen.

Das nationalsozialistische Blatt, dessen beispiellose Fälschungen hier festgesetzt wurden, verliert sich herauszureden. Dabei beweist es aber nur nochmals, daß es gar nicht anders kann, als fälschen. Es zitiert jetzt wörtlich den entzwei geschnittenen Satz: Es ist den Gewerkschaften nicht eingefallen, von den Unternehmern die Anerkennung einer grundsätzlichen Forderung zu verlangen. Die ein Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nun einmal, ohne zu lügen, nicht anerkennen kann.

Einige Zeilen weiter unten verfälscht das Blatt, das seine Bester offenbar für Idioten hält, den klaren Sinn dieses Satzes folgendermaßen:

„Sie stellen keine grundsätzlichen Forderungen auf, die die Kapitalisten ohne zu lügen nicht anerkennen könnten“, das bedeutet doch, daß die Gewerkschaften auf jede sozialistische Forderung zugunsten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verzichteten.

Das Blatt der Stenogramme und Resonanz hält seine Leser für so hirnlos, daß es die groteske Fälschung des Zitats unter Anführungszeichen setzt, als zitierte es wörtlich. Wir sagen: Die Gewerkschaften haben von den Unternehmern nicht die Anerkennung einer Forderung verlangt, die ein Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ohne zu lügen, nicht anerkennen kann. Das nationalsozialistische Blatt aber fälscht, die Gewerkschaften stellten keine Forderungen auf, die die Kapitalisten nicht anerkennen können.

Selbstverständlich haben auch die kommunistischen Gewerkschaften niemals von den Unternehmern die Anerkennung der Diktatur des Proletariats oder ähnliche kommunistische Forderungen verlangt. Sie haben aber ebenso selbstverständlich nicht darauf verzichtet, diese Forderungen aufzustellen, deren Durchführung, wenn sie möglich wäre, nicht von einer heuchlerischen Anerkennung durch die Kapitalisten, sondern davon abhängt, ob die Arbeiter-schaft in ihrer Gesamtheit sie zur ihren macht. Ebenso denkt kein Sozialdemokrat daran, die Sozialisierung etwa von der Anerkennung durch die Kapitalisten abhängig zu machen. Das wäre Blödsinn. Man muß schon die Fälschungsgewohnheit zur zweiten Natur haben, um einem solchen Blödsinn unterzustellen.

Wenn im übrigen das nationalsozialistische Fälscherblatt mit einer Retourkutsche auszuwarten versucht, weil wir nicht den Artikel über „Streikstrategie“ vollständig abgedruckt haben, so beweisen die angeblich unterschlagenen Sätze, daß wir sinngemäß zitiert haben. Wir haben diese und andere Stellen aber nur deshalb weggelassen, um den Lesern die Uebersetzung, daß es sich um die Lehren eines Kommunisten und nicht eines „reformistischen Sozialisten“ handelt, bis zum Schluß aufzuspüren.

In derselben Nummer des Fälscherblatts beschwert sich der kommunistische Branchenleiter der Kohler über, daß wir auf seine erste Fälschung der von uns veröffentlichten Tatsache nicht reagiert haben. Er fügt einige weitere Fälschungen hinzu, die wir ebenso verachten. Wir hoffen, daß die „bornierten SPD-Beute“ unter den Kohlergegnern seiner traurigen Herrschaft ein schnelles Ende bereiten werden.

Protest der Kommunalbeamten.

Der Ortsausschuß Berlin der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter hatte die Kommunalbeamten zu einer Protestversammlung gegen die neue Besoldungsordnung zusammengerufen. Der Referent händelte vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB) geistete das Wachstum des Finanzministeriums, Besoldungsordnung genannt, in scharfer Weise. Er zeigte, wie die hohen und höheren Beamtengruppen Zulagen bis zu 70 Proz. erhalten haben, während die unteren Gruppen sich mit etwa 17 Proz. begnügen sollten. Das Anfangsgehalt eines Beamten der Gruppe 3, in der überwiegende Teile der Beamtenschaft eingereiht sind, beträgt nach der Aufbesserung ganze 111 M.; die Gruppe 13 bezieht dagegen monatlich 928 M. Man hat es auch durchgesetzt, daß die Spanne zwischen den Gruppen wieder die Vorkriegshöhe erreicht hat. Während es im Jahre 1920 gelungen war, die Spanne zwischen den Gehältern im Verhältnis von 1 : 2,8 zu finden, ist sie jetzt wieder auf 1 : 6,7 vergrößert worden. Der Redner verurteilte sehr nachdrücklich das innige Zusammenarbeiten des Reichsfinanzministeriums mit der bürgerlichen Presse, die stets in der Lage war, bereits vor Abschluß der Verhandlungen die Öffentlichkeit im Sinne des Finanzministeriums zu beeinflussen. Die Einstellung des Deutschen Beamtenbundes (DBB), der bürgerlichen Konkurrenzorganisation des ADB, bei den Gehaltsverhandlungen ist vom Standpunkt echter Gewerkschaftsarbeit aus zu verurteilen. Auf die Treibereien dieser Organisation ist es zurückzuführen, daß die Gehaltsverhandlungen für Arbeiter und Beamte getrennt vorgenommen werden. So daß der große Einfluß des ADB nicht mehr zur Geltung kommt. Dieser Beamtenbund hat sich auch sonst in trückerischer Weise gegen die elementarsten gewerkschaftlichen Grundzüge vorgangen. Es ist nur zu bedauern, daß noch so viele Beamten dieser Organisation angehören. Die Beamtenschaft muß sich endlich einmal von dem alten uniformierten Beamtentum freimachen. Sie muß die wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen und sich in einer einheitlichen, freigewerkschaftlichen Bewegung zusammenschließen. Die Versammlung nahm folgende Entschliessung gegen eine Stimme an:

Die Versammlung stellt mit Genugtuung fest, daß infolge des Protestes der großen Masse der Beamtenschaft, insbesondere aber infolge der entschiedenen Abfuhr des ADB, die Beamtenschaft zur

Durchführung einer Urabstimmung aufzurufen, das Reichsfinanzministerium zur Veränderung seiner Besoldungsneuregelung gezwungen werden ist. Sie begrüßt es ferner, daß der Hauptausschuß des Reichstages — obwohl die Regierungsparteien und die Kommunisten der sofortigen Ueberweisung der Besoldungsanträge an den Hauptausschuß widersprochen haben — dennoch entsprechend der Forderung des ADB das Besoldungsrecht behandelt und von der Regierung die Zulage der Einführung einer neuen Vorlage erreicht hat.

Die Versammlung erwartet jedoch, daß die Veränderung eine wirkliche Aufbesserung der unerträglichen Lage der unteren und mittleren Besoldungsgruppen bringen wird. Die dazu erforderlichen Mittel müssen durch gerechte Erfassung der Gewinne an den Quellen der Produktion aufgebracht werden.

Auf jeden Fall fordert die Versammlung vom Reichstag, daß sie dem Reichsfinanzministerium die Ermächtigung zur selbständigen Regelung der Beamtensbesoldung entzieht.

Gewerkschaften. Aka-Mitgliederbesprechung am Donnerstag, 26. Juni, abends 8 Uhr, im Herbrandsaal, Bellevue-Str. 7/10, III. Tagesordnung: 1. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe zum neuen Konstituierungsgesetz und das Ergebnis der Verhandlungen am 26. 6. u. 2. Bericht des Aka. Eröffnen aller Reden ist Pflicht.

Wahlkämpfe der Reichsindustrie. Donnerstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr, „Rustler“, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. Wichtigste Wahlkämpfe am Sonntag, den 27. 6., bei Valentini, Kraußstr. 36. Der Wahl 4. 1921 schon am Freitag, den 27. 6., bei Valentini, Kraußstr. 36. Der folgenden Bericht 20 (Kraußstr.) bei Valentini, Kraußstr. 36. Die Wahlkämpfe am Sonntag, den 26. 6., abends 7 Uhr, im East V des Gewerkschaftshauses. Alle Beiräte müssen unbedingt betreten sein. Der Vorstand.

Zentralrat der Zimmerer. Alle Verbandsebenen werden hierdurch auf die am Sonnabend, den 28. und Sonntag, den 29. Juni, in allen Bezirken stattfindenden Bezirksversammlungen aufmerksam gemacht. Alle Beiräte und Wahlkämpfer haben die Pflicht, hierfür die größte Propaganda zu entfalten. Der Bezirk 4 tritt schon am Freitag, den 27. 6., bei Valentini, Kraußstr. 36. Der folgenden Bericht 20 (Kraußstr.) bei Valentini, Kraußstr. 36. Die Wahlkämpfe am Sonntag, den 26. 6., abends 7 Uhr, im East V des Gewerkschaftshauses. Alle Beiräte müssen unbedingt betreten sein. Der Vorstand.

Wirtschaft

Die Bankkrise in Oesterreich.

Aus Wien wird gemeldet: Der Vorstand der Allgemeinen Depositenbank, die in ganz Oesterreich insgesamt 60 Filialen und Zweigstellen mit etwa 1500 Angestellten beschäftigt, beschloß, den Antrag auf Eröffnung der Geschäftsaufsicht zu stellen, die heute erfolgen soll. Wie das „Neue Wiener Journal“ meldet, geschah der bereits gemeldete Schritt der fünf Großbanken, die Stützungsaktion nicht fortzusetzen, nach Verlegung des Finanzministers Riesenbeck und des Nationalbankpräsidenten Dr. Reich. Sofort nachdem die Großbankendirektoren ihre Mandate zurückgelegt hatten, gab auch der Leiter der Depositenbank, Direktor Ritscher, seine Demission. Die Blätter anerkennen, daß die Großbanken nicht anders handeln konnten, um sich nicht selbst in Gefahr zu bringen, geben aber gleichzeitig ihrem Bedauern Ausdruck, daß, nachdem von den Großbanken bereits Mittel verwendet worden seien, keine andere Lösung zu finden gewesen wäre, zumal, wie von einigen Seiten behauptet wird, die zuletzt vorgenommene genaue Prüfung der Bücher noch einen Ueberschuß der Aktiven über die Passiven von 20 Milliarden ergeben haben sollte. Die Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß die Gläubiger der Bank, wenigstens die Depotgläubiger und die Einleger, ihre volle Befriedigung finden werden, und daß die Banken, wenn sie auch jetzt formell zurückgetreten sind, sich mit allen Kräften bemühen werden, daß die Liquidation der Depositenbank möglichst glatt verlaufen werde.

Hauszinssteuer und Werkwohnungsbau.

In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtage wurde Besondere darüber gefordert, daß aus dem Bereich des noch der preussischen Steuernotverordnung zur Förderung der Neubautätigkeit zu verwendenden Teils des Aufkommens der Hauszinssteuer bisher an die Industrie noch keine Gelder zur Errichtung von Werkwohnungen gegeben worden seien. Auf die Frage, ob das Staatsministerium bereit sei, die hierin für die Industrie liegende Härte zu mildern, erteilt der preussische Minister für Volkswohlfahrt nachstehende Antwort:

„Angeht die großen allgemeinen Wohnungsnot ist es bei der Beschränkung der aus der Hauszinssteuer aufkommenden und für den Wohnungsbau bestimmten Mittel nicht möglich, Wohnungen, die lediglich für Angehörige eines bestimmten Berufs bestimmt sind, mit öffentlichen Mitteln — zurzeit Hauszinssteuerhypotheken — zu unterstützen. Es sind im übrigen seit jeher, und zwar nicht nur in Preußen, sondern auch in den übrigen Ländern sogenannte Werkwohnungen von der öffentlichen Unterstützung grundsätzlich ausgeschlossen worden. Den Werken bleibt es jedoch unbenommen, dadurch für ihre Arbeiter und Angestellten zu sorgen, daß sie sich an Baugenossenschaften oder ähnlichen Organisationen beteiligen, welche unter Inanspruchnahme von Mitteln aus öffentlicher Hand neue Wohnungen errichten.“

Holland gegen die Tarifbegünstigung deutscher Häfen. Wie das Anstehender „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, sind die Verhandlungen zwischen den Niederländischen Eisenbahnen und der Reichseisenbahnverwaltung über die Vorzugspreise für die nach oder über deutsche Nordhäfen beförderten Güter gescheitert. Das niederländische Außenministerium werde höchstwahrscheinlich in Berlin weitere Schritte unternehmen und eventuell unter Androhung der Einstellung der niederländischen Kredite an die deutsche Industrie die sofortige Aufhebung der internationalen Bevorzugung der deutschen Nordhäfen fordern oder die Vorteile der Vorzugstarife auch für die niederländischen Häfen beanspruchen.

Verantwortlich für: Verleger: Ernst Reuter; Verleger: Felix Scharnowski; Schriftleitung: Felix Scharnowski; Redaktion: Dr. John Scharnowski; Druck: Scharnowski-Verlag; Berlin: Scharnowski-Verlag, S. 1, S. 2, Berlin, Druck: Scharnowski-Verlag; Berlin: Scharnowski-Verlag, S. 1, S. 2, Berlin, Druck: Scharnowski-Verlag.

Welt billiger als im Laden
Trauringe
direkt ab Fabrik an Private
Massiv gold. Ring . . . 2,00 M.
985 gest. Ring 4,00
900 6,10
Schneider & Sohn
Französische Str. 15, II. in der Friedrichstr.

Frage:
Wo kaufe ich billig Schokoladen?
Antwort:
Nur bei Eisen & Diamant
Kaiserstraße 4.
Abteilung II:
Zigaretten-Engros-Vertrieb
Andreasstr. 13 (Schles. Bahn.)

Beilwäsche
Wäschestoffe
Leibwäsche
Tischwäsche
Profilierwäsche
Deckbetbezüge
Kopfkissen
Bettkissen
Inlette
Handtücher
Hemdenstücke
Damaste
Dimidi, Lianos
Zöchen, Nessel
Kaffeedecken
Küchentische
Tischtücher
Servietten
Wäsche fabrik
S. Einhorn
Neukölln
Hennrichstraße 31
s. d. Hermannstr.

10 Sonder-Tage!
Auf unsere sämtlichen offen ausgezeichneten billigen Preise gewähren wir vom 24. Juni bis einschl. 4. Juli einen
Rabatt von 20%
Alligator Lederwaren G. m. b. H.
Oranienstr. 45 (gegenüber Maaßen)

Dezimalwagen
Tafelwag., Gewichte, Kilogr. usw. In der Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
in der Ludwigstr.
Qualitäts-Marken
100 Jahre Socialist
Conrad Müller,
Schkade-Str. Leipzig.
Marken-Zigaretten
billig bei
Herschdorfer
Rohmthaler Str. 50
Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. u. 2. Etage

„Wir haben uns tapfer geschlagen“
Jeder Parteigenosse findet die Statistiken der einzelnen Wahlkreise u. alles Wissenswerte im neuen Handbuch **Der deutsche Reichstag 1924**
Eine Mark
Fürbiger Umschlag • Über 100 Bilder
Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 2